

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln),
Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/10410 –**

Anzeige der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung in der rechtsextremen deutsch-russischen Zeitschrift „Ost-West-Panorama“

Vorbemerkung der Fragesteller

Das WDR-Magazin „Westpol“ berichtet unter der Überschrift „CDU mit Kontakten zur NPD – CDU-Politiker arbeiten für rechte deutsch-russische Zeitschrift“ darüber, dass der (mittlerweile aus der CDU ausgeschlossene) Heinrich Daub sowie der ehemalige CDU-Politiker Viktor Harder Chefredakteur bzw. Verleger der rechtsextremen deutsch-russischen Zeitschrift „Ost-West-Panorama“ seien (www.wdr.de/tv/westpol/beitrag/2008/10/20081012_cdu_kontakt_npd.jhtml;jsessionid=3QCF0BROBY5VMCQKYRTETIQ). In dieser Zeitschrift hätten u. a. der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der NPD-Generalsekretär Peter Marx, der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs und der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen Holger Apfel Artikel veröffentlicht.

Der christdemokratische Chefredakteur Heinrich Daub habe im „Ost-West-Panorama“ zudem geschrieben, „eine Weltjudenschaft habe 1933 Deutschland den Heiligen Krieg erklärt“.

Zu den Autoren des „Ost-West-Panorama“ gehört u. a. auch Heinrich Neugebauer, CDU-Mitglied aus Krefeld, stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen in NRW, Teilnehmer des Integrationsbeirates des Landes NRW sowie des Integrationsgipfels 2007 bei der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Heinrich Neugebauer rechtfertigt seine Veröffentlichungspraxis wie folgt: „Seine Artikel seien nicht zu beanstanden. ‚Das daneben NPDler schreiben, ist doch nicht meine Schuld‘“ (zit. nach: FR vom 14. Oktober 2008).

Schließlich ergibt der Bericht von „Westpol“, dass selbst die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, in der im März 2008 erschienenen Ausgabe des „Ost-West-Panorama“ eine Anzeige veröffentlicht habe.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Zur besseren Kommunikation des Nationalen Integrationsplans in der türkisch- und russischsprachigen Bevölkerung hat die Bundesregierung von Ende Februar bis Ende April 2008 insgesamt 71 fremdsprachige, inhaltsgleiche Anzeigen in zwölf türkischsprachigen und zehn russischsprachigen Medien geschaltet. Die Anzeigen informieren über die Ziele, Themenschwerpunkte und verschiedenen Einzelmaßnahmen des Nationalen Integrationsplans.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, seit wann und in welcher Form organisierte Rechtsextremisten (wie z. B. die NPD) in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Russland versuchen, Kontakt aufzunehmen bzw. Einfluss zu gewinnen, z. B. in Vereinigungen bzw. auf Publikationen sog. Russlanddeutscher?

Seit etwa 2002 sind Anhaltspunkte dahingehend erkennbar, dass die NPD versucht, auch sog. Russlanddeutsche in ihre Arbeit einzubinden.

Am 23. Februar 2008 wurde in Berlin der „Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD“ gegründet.

2. Ist es zutreffend, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Prof. Maria Böhmer in der im März 2008 erschienenen Ausgabe des „Ost-West-Panorama“ eine Anzeige veröffentlicht hat, und wenn ja, welchen Inhalt hatte diese Anzeige, und in welcher Sprache war sie abgefasst?

Der Inhalt der im März 2008 erschienenen russischsprachigen Anzeige in der Zeitschrift „Ost-West-Panorama“ ist in der Anlage beigelegt. Die Anzeige wurde nicht im redaktionellen Teil, sondern ganzseitig auf der Rückseite abgedruckt. Die deutschsprachige Grundlage lautet:

„Der Nationale Integrationsplan

Integration – eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft. Deutschland ist ein welt-offenes Land, in dem rund 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien leben. Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit und für die Bundesregierung ein Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Damit Integration gelingt, müssen sich alle anstrengen: Die Zugewanderten, indem sie Ja zu Deutschland sagen, unsere Werte und Gesetze voll anerkennen und unsere Sprache lernen; die Aufnahmegesellschaft, indem sie allen rechtmäßig hier lebenden Menschen Toleranz, Akzeptanz und ein ehrliches Willkommen entgegenbringt. Alle Menschen in Deutschland sollen Sicherheit durch Bildung und Arbeit gewinnen. Doch allein kann der Staat die große Aufgabe Integration nicht lösen. Deshalb geht die Bundesregierung mit dem Nationalen Integrationsplan neue Wege und eröffnet neue Chancen: Erstmals arbeiten Politik und Gesellschaft Hand in Hand. Viele machen mit: gesellschaftliche Gruppen, Medien, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Migrantenorganisationen. Die Bundesregierung folgt dabei zwei Leitlinien: Erstens mit den Migranten reden, nicht über sie. Zweitens von jedem einen Beitrag zur Integration einfordern.

Neue Wege – Neue Chancen

Die Bundesregierung baut die Integrationskurse aus, unterstützt den frühen Spracherwerb, verringert Schulabbrüche, erhöht die Chancen auf Ausbildung, baut ein Netzwerk „Bildungspaten“ auf und fördert die Arbeitsmarktintegration mit der Kampagne „Vielfalt als Chance“. Die Länder verstärken die Sprachförderung in Kindergarten, Schule und Ausbildung deutlich und verbessern die Schulsituation junger Migranten, auch durch mehr Migranten als Erzieherinnen und Lehrer. Die Kommunen fördern das Zusammenleben vor Ort,

fördern und beziehen Migranten stärker in Gestaltungsprozesse ein. Die Migrantenorganisationen werben in Zuwandererfamilien für eine bessere Bildung junger Migranten. Die Wirtschaft schafft 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Betrieben mit ausländischen Inhabern und fördert mit der „Charta der Vielfalt“ Migranten in Unternehmen. Der Deutsche Olympische Sportbund und der Deutsche Fußball-Bund verstärken ihre Integrationsinitiativen. Die Stiftungen machen Integration zu einem zentralen Ziel ihres Engagements und ihrer Begabtenförderung. Die Medien beziehen Journalisten und Schauspieler ausländischer Herkunft verstärkt in Redaktionen und Programme ein.

Themenschwerpunkte

Integrationskurse verbessern

- *Von Anfang an deutsche Sprache fördern*
- *Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen*
- *Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen*
- *Integration vor Ort unterstützen*
- *Kulturelle Vielfalt leben*
- *Integration durch Sport*
- *Medien – Vielfalt nutzen*
- *Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken*
- *Wissenschaft – weltoffen!*

www.integrationsbeauftragte.de

www.forumintegration.de“

3. Hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, vorher bereits Anzeigen in dieser Zeitschrift veröffentlicht bzw. hat sie bereits weitere Anzeigen in dieser Zeitschrift gebucht, und wenn ja, wann bzw. für wann?

Nein. Die Anzeigenschaltung erfolgte erstmalig in zwei aufeinander folgenden Ausgaben der Zeitschrift „Ost-West Panorama“. Sie wurde sowohl im März 2008 als auch im April 2008 veröffentlicht.

Weitere Anzeigen in dieser Zeitschrift sind weder gebucht noch geplant.

4. Wurden die Inhalte bzw. die Autoren dieser Zeitschrift vor der Anzeigenschaltung überprüft?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Es gehört zu dem üblichen Vorgehen bei Anzeigenschaltungen, vorab einen Schaltplan zu erstellen. Mit einem solchen Schaltplan soll sichergestellt werden, dass die Zielgruppe der jeweiligen Anzeige möglichst genau erreicht wird. Bei der vorab erfolgten Prüfung der in Frage kommenden Medien wurde auf frei zugängliche Informationen zu den einzelnen Medien, insbesondere zu ihren Inhalten, zurückgegriffen.

Bei Beauftragung der Anzeigenschaltung lagen keine Informationen vor, die gegen eine Schaltung der Anzeige in der Zeitschrift „Ost-West Panorama“ sprachen.

5. Wie teuer war diese Anzeige bzw. waren die Anzeigen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer?

Insgesamt belaufen sich die Kosten für die Schaltung der Anzeigen in zwölf türkischsprachigen und zehn russischsprachigen Medien auf 192 652,80 Euro.

Die Kosten für die Anzeigen in der Zeitschrift „Ost-West Panorama“ belaufen sich dabei auf lediglich 907,20 Euro.

6. In welcher Form übernimmt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, die Verantwortung für die Anzeigenschaltung im „Ost-West-Panorama“?

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration übernimmt in den Anzeigen in Form eines Hinweises auf ihre Website (www.integrationsbeauftragte.de) Verantwortung für den Anzeigeninhalt.

7. Welche Anzeigen hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, seit 2005 geschaltet (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Publikation, Sprache und Kosten)?

a) 2005:

Fehlanzeige

b) 2006:

Fehlanzeige

c) 2007:

Anzeige „Vielfalt als Chance“ in folgenden Publikationen:

FOCUS, DER SPIEGEL, Capital, Manager Magazin, FAZ, Handelsblatt (Businesskombi), VDI Nachrichten (Businesskombi)

Sprache: Deutsch

Kosten: 411 247,13 Euro

d) 2008:

- Anzeige: „Der Nationale Integrationsplan“ in folgenden Publikationen:

TZG-Kombi, eurotürk, FANATIK, Hessen Toplum, Hürriyet (einschl. Supplement CUMARTESI), Milliyet, Piyasa Magazin, Post, SABAH, Sultan's Magazin, TD-IHK-Magazin, Zaman, Evreyskaya Gazeta, Evropa Ekspress, Karriere (russisch), Nascha Marka, Neue Zeiten (russisch-deutsch), Ost-West Panorama, Rheinskaja Gazeta, Russkaja Germanija, TV RUS, Unternehmer (russisch)

Sprachen: Türkisch und Russisch

Schaltkosten: siehe Antwort zu Frage 5

- Anzeige: Wege zur Einbürgerung in der Publikation „integration“

Sprache: Deutsch

Schaltkosten: 1 000 Euro

- Anzeige „Aktion zusammen wachsen“ (Netzwerk Bildungs- und Ausbildungspatenschaften) im Rechenschaftsbericht 2006 bis 2008 der Türkischen Gemeinde in Deutschland

Sprache: Deutsch

Schaltkosten: 1 500 Euro

8. Werden nichtdeutsche Anzeigentexte jeweils (parallel) auch in deutscher Sprache inseriert, oder gibt es Anzeigen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer, die allein in einer nichtdeutschen Sprache veröffentlicht worden sind?

Ja, es gibt Anzeigen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die allein in einer nichtdeutschen Sprache veröffentlicht worden sind.

9. Ist Heinrich Neugebauer für die kommende Sitzung des Integrationsgipfels am 6. November 2008 eingeladen worden bzw. ist geplant, ihn hierzu einzuladen?

Herr Heinrich Neugebauer war und ist nicht zum Integrationsgipfel am 6. November 2008 eingeladen.

10. Hält die Bundesregierung es nicht für angebracht, auf eine diesbezügliche Einladung an Heinrich Neugebauer zu verzichten bzw. diese rückgängig zu machen, und wenn nein, warum nicht?

Siehe Antwort zu Frage 9.

11. Fördert die Bundesregierung mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt Projekte, die sich mit spezifisch russlanddeutschen Bezügen gegen Rechtsextremismus wenden?

Die Bundesregierung bekämpft Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit speziellen Förderprogrammen sowie mit zahlreichen bundeszentralen Einzelmaßnahmen und Initiativen auf unterschiedlichsten Ebenen. Wegen Einzelheiten wird auf die – als Anlage beigefügte – Beantwortung der schriftlichen Fragen an die Bundesregierung (Arbeitsnummern 8/214 bis 8/216) durch das BMFSFJ vom 5. September 2008 verwiesen.

Die Bundesregierung fördert umfassend Maßnahmen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus wenden. Bisher sind darunter keine, die einen spezifisch russlanddeutschen Bezug haben.

Anlage

Die
Bundesregierung

ANZEIGE

forum integration
Wir machen mit.

Национальный план интеграции

Интеграция – это центральная задача общества. Германия – открытая страна для всего мира, в которой проживают около 15 миллионов человек из семей иммигрантов. Интеграция является ключевой задачей нашего времени и одной из первостепенных задач в работе Федерального правительства.

Для успеха интеграции необходимо объединить усилия: иммигранты, которые хотят жить в Германии, должны полностью признавать наши ценности и законы, а также учить немецкий язык; принимающее общество должно проявлять терпимость, признавать и радушно принимать всех тех людей, которые проживают здесь на законных основаниях.

Все люди, проживающие в Германии, должны приобретать уверенность в жизни с помощью образования и работы. Но государство не может решить эту большую задачу по интеграции в одиночку. Поэтому Федеральное правительство, приняв «Национальный план интеграции», идёт по новому пути и открывает новые возможности: впервые рука об руку действуют вместе политика и общество. Многие принимают участие: общественные группы, СМИ, учреждения культу-

ры, науки, экономики и организации мигрантов. Федеральное правительство указывает два направления. В-первых – разговаривать с мигрантами, а не обсуждать их. Во-вторых – требовать от каждого внести свой вклад в успех интеграции.

Новые пути – новые шансы

Федеральное правительство расширяет интеграционные курсы, поддерживает наиболее быстрое приобретение знаний немецкого языка, снижает количество случаев прерывания школьного образования, повышает шансы на обучение, создаёт сеть «Шефство по образованию» и способствует интеграции на рынке труда с помощью кампании «Многообразие – это шанс».

В федеральных землях оказывается большая поддержка при обучении немецкому языку в детском саду, в школе и при обучении профессии и улучшается ситуация молодых мигрантов в школе, также и за счёт увеличения количества мигрантов среди воспитателей и учителей. Коммуны, в свою очередь, способствуют совместному проживанию и активнее привлекают мигрантов к процессам, связанным с принятием и выполнением решений на местах.

Организации мигрантов проводят агитацию в семьях иммигрантов с целью улучшения качества образования молодых мигрантов. В сфере экономики на предприятиях, которые принадлежат иностранным предпринимателям, создаются дополнительно 10 000 мест для обучения профессии, с помощью «Харты многообразия» улучшается интеграция мигрантов на предприятиях.

Немецкий Олимпийский спортивный союз и Немецкий футбольный союз усиленно проявляют инициативу по интеграции.

Основной целью работы фондов и их поддержки способных людей является интеграция. СМИ активно привлекают журналистов и актёров иностранного происхождения для работы в редакциях и программах.

Центральные темы

- Улучшение курсов интеграции
- Поддержка при обучении немецкому языку с первых дней
- Обеспечение хорошего образования и обучения, повышение шансов на рынке труда
- Улучшение жизни женщин и девушек, осуществление равноправия
- Поддержка интеграции на местах
- Многообразие культур в повседневной жизни
- Интеграция посредством спорта
- СМИ – использование многообразия
- Поддержка интеграции за счёт активной гражданской позиции и равноправного участия в общественной жизни
- Наука открыта для всех!



Ирина Микитенко заняла 2-е место в Берлинском марафоне 2007 года

www.integrationsbeauftragte.de
www.forumintegration.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Frau
Andrea Wicklein MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Hermann Kues

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Alexanderstraße 3, 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1100
FAX +49 (0)30 20655-4110
E-MAIL Hermann.Kues@bmfjsfj.bund.de
INTERNET <http://www.bmfjsfj.de>

ORT, DATUM Berlin, den 5. September 2008

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung

hier: Arbeitsnummern 8/214 bis 8/216

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 8/214:

Welche Programme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für die Stärkung der Demokratie werden von den einzelnen Bundesministerien durchgeführt, und wie hoch sind die Haushaltsmittel für die einzelnen Programme?

Frage Nr. 8/215:

Welche Programme der Bundesministerien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für die Stärkung der Demokratie fördern einzelne Maßnahmen (projektbezogen) und welche fördern die Tätigkeit einzelner Träger (institutionell)?

Frage Nr. 8/216:

Welche Stellen entscheiden bei den Programmen der Bundesministerien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für die Stärkung der Demokratie über die Fördermittelvergabe?

Antwort:

Die Fragen Nr. 8/214 bis 8/216 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.



SEITE 2 Die Bundesregierung betrachtet die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus als eine der grundlegendsten und vornehmsten Aufgaben von Staat und Gesellschaft und hat dafür spezielle Förderprogramme aufgelegt. Die Förderprogramme sind tabellarisch als Übersicht beigefügt. Neben diesen nationalen und internationalen Programmen tragen auch zahlreiche bundeszentrale Einzelmaßnahmen und Initiativen auf unterschiedlichsten Ebenen maßgeblich zur Aufgabenerfüllung bei. Nachstehende Beispiele werden exemplarisch aufgeführt:

- Es ist Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Alle Bildungsangebote der BpB zielen daher immer auch auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen politischen Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ab.
- In der Bundeswehr ist die politische Bildung ein hauptsächliches Gestaltungsfeld der Inneren Führung. Die Stärkung von Demokratie und die Auseinandersetzung mit Fragestellungen zum Einsatz deutscher Streitkräfte bilden den Kern der nach § 33 des Soldatengesetzes verpflichtenden Aufgabe zur politischen Bildung. Sie wird durch vielfältige Unterrichtsmittel und verschiedene Aktionsprogramme unterstützt. Für den ganzheitlichen Ansatz der politischen Bildung in der Bundeswehr stehen im Etat des Bundesministeriums für Verteidigung 3,78 Mio. Euro in 2008 zur Verfügung.
- Das von den Verfassungsministerien Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz ins Leben gerufene "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt" (BfDT) wurde am 23. Mai 2000 mit dem Auftrag gegründet, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz zu sammeln, zu bündeln, zu vernetzen und öffentlich zu machen. Das politische Steuerungsgremium des BfDT ist ein Beirat, dem derzeit 21 Vertreterinnen und Vertreter aus den Gründungsressorts, aus allen Bundestagsfraktionen und der Zivilgesellschaft angehören.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

SEITE 3

- Zur Zahlung von Härteleistungen an Opfer rechtsextremistischer Übergriffe stellt der Haushaltsgesetzgeber seit dem Jahr 2001 regelmäßig Mittel bereit. Im Jahr 2008 stehen dafür 300.000 Euro zur Verfügung, die über das Bundesamt für Justiz ausgereicht werden.
- Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung entschied im Jahr 2008 über die Förderung mehrerer, breit angelegter Einzelaktivitäten mit einem Gesamtfördervolumen von rund 110.000 Euro, die von landesweiten Aktionsprogrammen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen bis hin zur Förderung von Druck und Vertrieb einer Schülerzeitung Q-rage und der Verbandszeitung des Bundes der Verfolgten des Naziregimes e.V. reichen.
- Im Rahmen des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung das Modellvorhaben „Lokalanalysen zur Stärkung der Zivilgesellschaft“ über einen Zeitraum von drei Jahren ab 2008 mit rund 400.000 Euro.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann Kues

Anlage

Anlage

BMFSFJ
Referat 503

Programme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für die Stärkung der Demokratie (Stand 03.09.2008)

Lfd. Nr.	Zuständiges Ressort	Programmbezeichnung	Höhe der Haushaltsmittel	Projektförderung (bitte ankreuzen)		Institutionelle Förderung (bitte ankreuzen)		Benennung der Stelle, die über die Fördermittelvergabe entscheidet
				ja	nein	ja	nein	
1	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	XENOS* einschließlich. ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt	Rund 120 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und rund 30 Mio. € aus dem Haushalt des BMAS (bis zum Jahr 2011)	x			x	Das BMAS wählt die zu förmernden Projekte aus. Der formelle Bescheid über die Fördermittel erfolgt dann durch das Bundesverwaltungsamt.
2	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	„VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“	Jährlich 19 Mio. € aus dem Haushalt des BMFSFJ	x			x	Letztentscheid BMFSFJ nach Votum der Regierstelle, bei Modellmaßnahmen zusätzlich nach Gutachtervotum

* Die meisten Projekte aus dem XENOS-Programm der Förderperiode 2000-2006 des Europäischen Sozialfonds sind bereits ausgelaufen bzw. enden im September 2008. An dieser Stelle wird daher nur auf das neu aufgelegte XENOS - Programm eingegangen. Die ersten Projekte, der bis Ende 2011 laufenden ersten Förderrunde, beginnen im November 2008. Ab 2012 ist eine zweite Förderrunde geplant.

- 2 -

Lfd. Nr.	Zuständiges Ressort	Programmbezeichnung	Höhe der Haushaltsmittel	Projektförderung (bitte ankreuzen)		Institutionelle Förderung (bitte ankreuzen)		Benennung der Stelle, die über die Fördermittelvergabe entscheidet
				ja	nein	ja	nein	
3	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	„kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“	Jährlich 5 Mio. € aus dem Haushalt des BMFSFJ	x			x	Letzentscheid BMFSFJ, zuvor Votum der mit der Umsetzung des Programms beauftragten Zentralstelle
4	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Schwerpunkt „Demokratie, Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung“.	2007 ca. 220 Mio. Euro finanzielle Zusage	x			x	BMZ
5	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA)	jährlich 400.000 Euro		x	x		BMZ
6	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Democratic Governance Thematic Trust Fund (DGTTF) von UNDP	jährlich 1 Mio. Euro	x			x	BMZ

